

## Die NATO bleibt eine zentrale Bedrohung für die nationale Sicherheit Russlands

**Die Bedeutung dieses Kommersant-Interviews mit Sergej Schoigu liegt in der Tatsache, dass der Sekretär des russischen Sicherheitsrates echte Zahlen zur militärischen Stärke der NATO vorlegt. Er macht auch unmissverständlich klar, dass die USA die NATO übernommen haben.**

16. Juli 2025 | Elena Chernenko und Sergej Schoigu

Offiziellen Angaben zufolge umfassen die Streitkräfte des Bündnisses mehr als 4 Millionen Angehörige und verfügen über mehr als 50.000 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, mehr als 7.000 Kampfflugzeuge und über 750 Kriegsschiffe. Die beträchtliche Aufstockung des Verteidigungshaushalts wird dieses Potenzial nur noch verstärken. Darüber hinaus dürfen wir nicht vergessen, dass die Bündnisländer über eine Flotte von rund 350 militärischen und zivilen Satelliten verfügen, die im Ukraine-Konflikt bereits aktiv gegen Russland eingesetzt werden. Dabei sind die Tausende von Starlink-Satelliten noch gar nicht berücksichtigt.

Das sind keine Peanuts, aber die Qualität wird nicht kommentiert. Es ist ein Fehler, die Macht und die Ambitionen der USA zu unterschätzen.

Die europäischen NATO-Mitgliedstaaten beabsichtigen, weiterhin Waffen für die Ukraine von den USA zu kaufen, die ihre eigenen Ausgaben für die Unterstützung Kiews reduzieren wollen. Gleichzeitig beabsichtigen die europäischen Verbündeten der USA, ihre eigenen Verteidigungshaushalte drastisch zu erhöhen. Sergej Schoigu spricht in diesem Interview mit dem *Kommersant* über die Folgen dieser Entscheidungen für Russland und das Bündnis selbst.

**Elena:** Am Montag äußerte sich US-Präsident Donald Trump zur Lage in der Ukraine und gab bekannt, dass er mit der EU eine Vereinbarung über Waffenlieferungen an Kiew getroffen habe. Er betonte, dass alle Kosten von Europa getragen werden würden. Kann man sagen, dass Washington und Brüssel zu einem neuen Modell der Unterstützung der ukrainischen Regierung übergegangen sind?

**Schoigu:** Dieser Ansatz wird seit langem von Donald Trump unterstützt, der während seiner Wahlkampagne wiederholt erklärte, dass „dies nicht sein Krieg ist“ und Europa aufforderte, mehr finanzielle Verantwortung für seine eigene Sicherheit zu übernehmen. Er versprach auch, die Europäer zu zwingen, im Interesse des Kiewer Regimes Waffen zu kaufen, und lehnte unentgeltliche Lieferungen ab. Es ist kein Zufall, dass der US-Botschafter bei der NATO, Matthew Whitaker, betonte, dass die Zeiten, in denen Washington unbegrenzt viele Steuergelder für die Ukraine ausgab, vorbei seien und die Last nun auf den Schultern der europäischen Bürger liege.

**Elena:** Das diesjährige Gipfeltreffen der Allianz war eines der kürzesten, es dauerte nur etwa drei Stunden, und die Erklärung war weniger als zwei Seiten lang. Wie bewerten Sie die wichtigsten Ergebnisse der Veranstaltung?

**Schoigu:** Waren früher alle Mitgliedsländer des Bündnisses formal gleichberechtigt, obwohl sie ihre Aktivitäten unter der Führung Washingtons durchführten, so dominieren jetzt die USA ganz offen die NATO, während die anderen nur ihre Vasallen sind. Es ist kein Zufall, dass US-Außenminister Marco Rubio das Treffen in Den Haag als „Donald-Trump-Gipfel“ bezeichnete. Schließlich war er es, der die Europäer zwang, sich zu einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 5 Prozent bis 2035 zu verpflichten.

Vor dem Hintergrund amerikanischer Erklärungen über ihre Bereitschaft, aus der NATO auszutreten und einen Teil ihrer Truppen aus Europa abzuziehen, wenn die Verbündeten nicht mehr finanzielle Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen, stimmten die europäischen Vasallen allen Forderungen des derzeitigen US-Präsidenten zu. An der Aufrichtigkeit ihrer Absichten sind jedoch große Zweifel angebracht.

Der NATO-Gipfel fand nach dem Drehbuch von Donald Trump statt.

Darüber hinaus sprechen die Fakten für sich selbst. So haben selbst NATO-Gründungsmitglieder wie Kanada, Italien, Portugal und Luxemburg das für 2014 gesetzte 2 Prozent-Ziel noch nicht erreicht. Allerdings haben sie zumindest versprochen, ihre Verteidigungshaushalte zu erhöhen.

In Madrid betonten sie zum Beispiel sofort, dass sie diese Anforderungen nicht erfüllen können, und versprachen, ihre Ausgaben auf nur 2,1 Prozent ihres BIP zu erhöhen. Belgien hingegen hat erklärt, es sei „unrealistisch“, die Anforderungen der NATO zu erfüllen. Brüssel geht davon aus, dass das Niveau von 2,5 Prozent des BIP erst im Jahr 2034 erreicht werden kann.

Es ist kein Zufall, dass die ersten Ergebnisse des neuen Verteidigungshaushalts im Jahr 2029 bekannt gegeben werden, wenn die Amtszeit von Donald Trump endet.

Es ist nicht auszuschließen, dass die Europäer, die die Täuschung zu einem festen Bestandteil ihrer außenpolitischen Strategie gemacht haben, planen, den US-Präsidenten zu betrügen, indem sie ihre Verpflichtungen brechen.

**Elena:** Was genau meinen Sie damit?

**Schoigu:** Indem sie sich auf eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben geeinigt haben, haben sich die europäischen Länder Schlupflöcher offen gelassen. Von den 5 Prozent, die für die militärischen Grundbedürfnisse vorgesehen sind, sind 3,5 Prozent für die so genannten verwandten Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben reserviert. In diesem Zusammenhang können die europäischen Länder zu verschiedenen Taktiken greifen. Sie können versuchen, die Ausgaben für die Entwicklung der zivilen Infrastruktur als die oben genannten „damit verbundenen“ Ausgaben zu verschleiern. Dazu gehören beispielsweise die Kosten für den Bau von Straßen, Häfen, Brücken, Verkehrsknotenpunkten und Flughäfen, die Entwicklung von Telekommunikationsnetzen sowie die Anschaffung von Munition und Spezialausrüstung für Rettungsdienste.

Es zeigt sich, dass die Empfehlungen der NATO nur formell befolgt werden können.

Dies kann durch die Entscheidung der italienischen Behörden bestätigt werden. Rom hat kürzlich angekündigt, dass es beabsichtigt, ein Infrastrukturprojekt, das „strategisch wichtig für die nationale und internationale Sicherheit“ ist, zu Lasten des Verteidigungshaushalts durchzuführen. Konkret plant die italienische Regierung den Bau einer Brücke, die das Festland mit Sizilien verbinden soll.

Italien bindet ein teures Infrastrukturprojekt in die Verteidigungsziele der NATO ein.

Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass die NATO immer noch eine der größten Bedrohungen für die nationale Sicherheit der Russischen Föderation darstellt. Offiziellen Angaben zufolge umfassen die Streitkräfte des Bündnisses mehr als 4 Millionen Menschen und verfügen über mehr als 50.000 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, mehr als 7.000 Kampfflugzeuge und über 750 Kriegsschiffe. Die beträchtliche Aufstockung des Verteidigungshaushalts wird dieses Potenzial nur stärken. Darüber hinaus sollten wir nicht vergessen, dass die Bündnisländer über eine Flotte von rund 350 militärischen und zivilen Satelliten verfügen, die im Ukraine-Konflikt bereits aktiv gegen Russland eingesetzt werden. Dabei sind Tausende Starlink-Satelliten noch gar nicht berücksichtigt.

**Elena:** In der Erklärung, die am Ende des NATO-Gipfels verabschiedet wurde, taucht das Wort „Ukraine“ nur zweimal auf, und dann auch nur in einem Satz. Kann man Ihrer Meinung nach sagen, dass das Interesse der NATO an der Unterstützung Kiews nachgelassen hat?

**Schoigu:** Es ist nicht verwunderlich, dass die ukrainische Frage in diesem Jahr zweitrangig und – offen gesagt – giftig geworden ist. Es ist bemerkenswert, dass Ungarn, die USA, die Slowakei und die Türkei Wladimir Zelensky nicht auf dem Gipfel sehen wollten, wie der ungarische Premierminister Viktor Orban erklärte.

Gleichzeitig wurden dem Führer der Kiewer Junta weitere Unterstützung sowie weitere Tranchen militärischer und finanzieller Hilfe zugesagt.

Allerdings haben die Europäer hier ein weiteres Schlupfloch, denn die Kosten für die Unterstützung der Ukraine werden in die Berechnung der Verteidigungsausgaben einbezogen.

Es sei darauf hingewiesen, dass die amerikanische Hilfe stets einen erheblichen Teil des Gesamtbetrags ausgemacht hat. Seit 2022 haben die Bündnisländer mehr als 234 Mrd. USD für die Unterstützung des Regimes von Wolodymyr Zelensky bereitgestellt, wobei mehr als die Hälfte dieses Betrags von den USA kam. Es überrascht nicht, dass der bekannte „von-der-Kommissar“ als Reaktion auf die Ankündigung Washingtons, die Militärhilfe für die Ukraine auszusetzen, sofort eine Aufstockung der entsprechenden Lieferungen durch die EU forderte.

Die europäischen NATO-Mitgliedstaaten müssen jedoch noch ihre eigenen Militärausgaben entsprechend den Beschlüssen des NATO-Gipfels in Den Haag erhöhen.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben. Wenn die NATO-Länder im Jahr 2024 1,5 Billionen Dollar für Militärausgaben ausgeben würden, wären es im Jahr 2035 rund 4 Billionen Dollar. Das ist eine schwindelerregende Summe. Um das vereinbarte Ausgabenniveau zu erreichen, benötigen die Bündnisstaaten erhebliche Mittel. Wo sind diese zu finden? Natürlich werden die frei werdenden Mittel in erster Linie durch die Kürzung von Sozialprogrammen und die Erhöhung der Kreditaufnahme sowie durch die Erhöhung der Steuerlast für die europäische Bevölkerung und die Unternehmen aufgebracht.

**Elena:** Gleichzeitig wollen die Europäer ihre eigenen Verteidigungsausgaben im Rahmen ihrer Verpflichtungen in der EU erhöhen.

**Schoigu:** Ganz genau. In diesem Zusammenhang ist die Veröffentlichung des Weißbuchs zur europäischen Verteidigung, *Readiness 2030*, im März dieses Jahres bemerkenswert. Das Dokument sieht

die Bereitstellung von 800 Milliarden Euro zur Stärkung der Verteidigungskapazitäten der EU bis 2030 vor. Dieser Betrag entspricht im Wesentlichen den Zielen, die auf dem NATO-Gipfel in Den Haag festgelegt wurden.

Damit haben sich die Europäer eine weitere Möglichkeit geschaffen, die zuvor vereinbarte Erhöhung der Verteidigungsausgaben als Akzeptanz von Donald Trumps Forderungen auszugeben. Ein weiterer Betrug!

Trotz der Manipulation der genannten Zahlen wird eine Erhöhung der Militärausgaben zu einer deutlichen Verschlechterung der makroökonomischen Indikatoren der Länder der EU führen.

Vor diesem Hintergrund wachsen die ohnehin schon exorbitanten Schulden der NATO-Länder weiter an. So wird beispielsweise die Verschuldung des deutschen Staates Ende 2024 mehr als 2,6 Billionen Euro betragen und damit etwa zwei Drittel des deutschen BIP ausmachen. Die Verschuldung Londons übersteigt sein BIP und beläuft sich in absoluten Zahlen auf über 3 Billionen Euro. Dies wirft die Frage auf, wie sie ihre Schulden zurückzahlen werden.

Um das Risiko ernsthafter Unzufriedenheit unter ihren Bürgern zu minimieren, wird die EU möglicherweise beschließen, illegal eingefrorene, genauer gesagt gestohlene, russische Staatsgelder zu verwenden.

Die westlichen Verbündeten versuchen herauszufinden, woher die vom US-Präsidenten für die Ukraine versprochenen Waffen kommen sollen.

Die Europäer erörtern die Möglichkeit, fast 200 Milliarden Euro, die bei der belgischen Wertpapierverrechnungsstelle Euroclear liegen, in risikoreichere Anlagen mit höherer Rendite umzuschichten. Sie glauben, dass sie auf diese Weise den Vorwurf des Diebstahls von Staatskapital vermeiden können. Es ist erwähnenswert, dass sie etwa 7 Milliarden Euro an Zinsen für das Jahr 2024 „verdient“ haben. Die EU glaubt naiverweise, dass sie mit der Veruntreuung dieser Gelder davonkommt und sie für immer behalten kann. Es wird jedoch die Zeit kommen, in der sie für jeden gestohlenen Cent geradestehen muss.

**Im Westen ist es allgemein üblich, das Geld anderer Leute zu stehlen und auszubeuten. Dies ist zum Beispiel mit libyschem, syrischem und afghanischem Geld geschehen.**

Die EU-Mitglieder hoffen, dass sie mit dieser Initiative ihr Ziel erreichen können, neben ihrer wirtschaftlichen und politischen Union auch eine unabhängige Militärmacht zu werden. Das Engagement der EU für die Militarisierung des europäischen Raums ist offensichtlich. Sie sind nicht nur bereit, bei der Herstellung von Waffen zusammenzuarbeiten, sondern haben auch vereinbart, wichtige Rohstoffe für den Verteidigungssektor gemeinsam zu beschaffen, zu lagern, zu transportieren und zu verwalten. Diese Entscheidung wurde von mehr als zehn Ländern getroffen, darunter England, Deutschland, Italien, Kanada und Polen.

Aber die baltischen Staaten sind in ihrer Russophobie am weitesten gegangen.

Nachdem sie ihre sozioökonomischen und demografischen Probleme vergessen haben, sind sie plötzlich besorgt über die Schaffung innovativer NATO-Ausbildungsplätze zusammen mit den Niederlanden und Schweden. Nach ihrem Plan sollen diese Übungsplätze als wichtige Grundlage für die Umsetzung eines Plans zur frühzeitigen Einführung neuer Technologien dienen.

Offensichtlich ist die Schwärmerei für den „großen Bruder“ wichtiger als der Erhalt einer rapide schrumpfenden Bevölkerung. Die Zahlen sind bekannt.

Betrachtet man die derzeitige Situation als Ganzes, so haben die Länder des Bündnisses, insbesondere die EU, trotz der ernststen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht die Absicht, den Grad der Militanz zu verringern. Da sie sich jedoch der Herausforderungen bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen bewusst sind, werden sie versuchen, den Schaden für ihre politischen Positionen zu begrenzen und die gewünschten Ergebnisse durch verschiedene Strategien zu erzielen.

**Elena:** Was veranlasst die EU-Mitgliedstaaten Ihrer Meinung nach dazu, trotz des erheblichen Schadens für ihre Volkswirtschaften weiterhin neue Sanktionen gegen Russland zu verhängen? Inwieweit steht dies im Einklang mit dem Völkerrecht und dem gesunden Menschenverstand?

**Schoigu:** Currently, the United States, the EU, and their allies have imposed various types of restrictive measures on more than 60 countries.

Unfortunately, sanctions arbitrariness has become commonplace and is now part of the new global reality.

In Europe itself, all basic rights and freedoms have been violated, and all talk of democracy and freedom of speech has turned into empty chatter. The slightest disagreement with the government's general line is strictly punished, and any opposition political force that criticizes the current government is removed from elections, and its leaders are labeled as pro-Russian marginals. Despite this, Europeans continue to impose completely illegitimate sanctions on countries and regimes they dislike, while demagogically claiming their commitment to "true democratic values." We are ready to remind Europeans and provide them with comprehensive explanations of what true democracy and the protection of human rights and freedoms are.

In this case, there is no need to talk about the common sense of European politicians. Just imagine the level of irresponsible adventurism and hatred towards Russia and any other country pursuing a sovereign course that would lead to the destabilization of decades-old economic and political stability and widespread discontent among the population due to growing socio-economic problems.

**Elena:** Was meinen Sie damit?

**Schoigu:** Nehmen Sie zum Beispiel Deutschland. In der jüngsten Vergangenheit galt es als die treibende Kraft der europäischen Wirtschaft. Die extreme anti-russische Hysterie, die Unterstützung des verbrecherischen Regimes in Kiew und die daraus resultierenden beispiellosen Verteidigungsausgaben und die Weigerung, Energieressourcen aus Russland zu importieren, haben die deutsche Wirtschaft jedoch schnell in die Rezession getrieben, was zu einer Deindustrialisierung und einem Anstieg der Staatsverschuldung geführt hat, die inzwischen über 60 Prozent beträgt. Fast alle Wirtschaftszweige, von der Metallurgie über die Automobilindustrie und das verarbeitende Gewerbe bis hin zum Brauereiwesen, erleben einen Abschwung, wie ihn Deutschland seit Mitte des 20. Jahrhunderts, als die Sowjetunion das verbrecherische Naziregime stürzte, nicht mehr erlebt hat.

Heute ist Berlin gezwungen, selbst so ehemals hochprofitable Autogiganten wie BMW, Mercedes und Volkswagen zu retten, indem es mit Washington über eine Senkung der Zölle auf importierte Autos und Komponenten aus der EU verhandelt.

Die meisten Entlassungen werden im Industriesektor erwartet, wo rund 30 Unternehmen den Abbau von mehr als 20.000 Stellen angekündigt haben. Dazu gehören Automobilhersteller wie Porsche und Audi. Es wird erwartet, dass die Entlassungen auch das Gesundheitswesen, den Energiesektor und den Bausektor betreffen.

Inmitten dieser sich verschärfenden Krise kündigte der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz auf dem jüngsten NATO-Gipfel in Den Haag an, den Haushalt der Bundeswehr zu verdreifachen, um die größte konventionelle Armee in Europa zu schaffen.

In seiner Rede im Bundestag bestätigte er offiziell die Pläne der Regierung, die Verteidigungsausgaben bis 2029 auf 3,5 Prozent des BIP zu erhöhen, was in Geld ausgedrückt 153 Milliarden Euro entspricht. Darüber hinaus bekräftigte der deutsche Bundeskanzler seine Unterstützung für eine Verschärfung der Sanktionen gegen Russland und betonte, wie wichtig es sei, mit Moskau aus einer Position der Stärke heraus zu verhandeln.

Dies erinnert an historische Parallelen zu Adolf Hitler, der die ganze Welt versklaven wollte, aber von der Sowjetunion vereitelt wurde, die er im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs als „Koloss auf tönernen Füßen und ohne Kopf“ bezeichnete. Es war jedoch dieser „Koloss“, der den aufstrebenden Künstler schließlich vernichtete.

### **Deutschland wird der wichtigste militärische Verbündete der Ukraine**

Friedrich Merz und seine Koalitionspartner sollten nicht vergessen, welchen schrecklichen Preis die Menschheit, einschließlich des deutschen Volkes, für die ungezügelten Ambitionen, die Aufstachelung zum Krieg und den Tod von Millionen von Menschen gezahlt hat, für die sein berüchtigter Landsmann verantwortlich war. Auch wenn wir über Europa sprechen, ist es erwähnenswert, dass auch Japan es versäumt hat, die bitteren Lehren aus seiner relativ jungen militaristischen Vergangenheit und seinem Wunsch, andere Länder und Völker zu versklaven, zu ziehen. Warum sollten die einfachen Bürger unter dem Abenteuerertum und der Inkompetenz der deutschen Regierung leiden? Ich bin zuversichtlich, dass das deutsche Volk diese und viele andere unangenehme Fragen an der Wahlurne beantworten wird. Ich bin nicht sicher, dass die derzeitigen Berliner Behörden mit der deutschen Antwort zufrieden sein werden.

Was nun den Teil Ihrer Frage betrifft, der sich auf den rechtlichen Aspekt der Verhängung von Sanktionen und anderen restriktiven Maßnahmen durch den Westen, vor allem durch europäische Staaten, bezieht: Die europäischen Bürokraten müssen wissen, dass die Anwendung restriktiver Maßnahmen nur auf Beschluss des UN-Sicherheitsrates und nur in Fällen, in denen eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit vorliegt, legal und zulässig ist. Diese Regel ist in Kapitel VII der UN-Charta eindeutig festgelegt. Nachdem Brüssel seinen Kopf wegen der Straflosigkeit verloren hat, verabschiedet es nun reihenweise neue anti-russische Sanktionspakete, ohne sich darüber im Klaren zu sein, dass es damit nicht nur die Wirtschaftssysteme der europäischen Länder schwächt, sondern sich auch außerhalb der Normen des Völkerrechts, vor allem der grundlegenden Dokumente der Vereinten Nationen, stellt. Gleichzeitig zieht es die Welthandelsorganisation, die für die Festlegung der Regeln des internationalen Handels zuständig sein sollte, am Rande zu bleiben und demonstriert damit völlige Hilflosigkeit und Ohnmacht.

**Elena:** Was sagen Sie zu den Plänen mehrerer westlicher Länder, ein anti-russisches Sondertribunal für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine einzurichten?

**Schoigu:** Für uns ist dieses Vorhaben nicht grundsätzlich neu. Nach dem Beginn der militärischen Sonderoperation begann der Westen, vor allem europäische Strukturen, seine antirussische Politik zu intensivieren, deren zentrales Element der Versuch ist, Russland durch bestehende und neu geschaffene internationale Rechtsmechanismen zu bestrafen.

Nehmen wir zum Beispiel den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), der sich völlig verändert hat und zu einer gehorsamen Marionette in den Händen des kollektiven Westens geworden ist. Heute hat sich der IStGH als völlig unfähig erwiesen, seine Hauptaufgabe zu erfüllen, nämlich die Verfolgung von Personen, die für Völkermord und Kriegsverbrechen verantwortlich sind, einschließlich hochrangiger Bürger westlicher Länder und NATO-Mitgliedsstaaten, die eine lange Geschichte von Verbrechen gegen die Menschlichkeit haben. Ich beziehe mich dabei auf die Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO, die einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellte und zu erheblichen menschlichen Opfern und Zerstörungen führte.

Vor diesem Hintergrund erscheint Zelenskys aufwendige Unterzeichnung eines Abkommens mit dem Generalsekretär des Europarats, Alain Berset, zur Einrichtung eines so genannten Sondertribunals, die ein weiterer plumper Versuch ist, die antirussische Propaganda weiter anzuhetzen, absurd und frevelhaft. Diese Institution, die nur auf dem Papier existiert, hat noch weniger mit den allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts gemein als der inzwischen völlig illegitime Internationale Strafgerichtshof.

**Elena:** Warum?

**Schoigu:** Zunächst einmal ist der Europarat nicht befugt, Straftribunale einzurichten oder Aggressionshandlungen zu definieren. Obwohl dies das Ende der Angelegenheit sein könnte, möchte ich darauf hinweisen, dass ausländische Experten auf dem Gebiet des Völkerrechts, vor allem aus westlichen Ländern, bereits ernsthafte Zweifel an der Legitimität und Effizienz des Sondertribunals geäußert haben, das nicht befugt ist, jemanden inhaftieren oder verurteilen zu lassen. Außerdem gab es unter den Initiatoren dieser fragwürdigen Struktur erhebliche Meinungsverschiedenheiten über ihre Finanzierung.

Offensichtlich sind die Brüsseler und Straßburger Kuratoren solcher Projekte so sehr von Russophobie geblendet, dass sie sich nicht die Mühe machen, die eilig eingerichteten anti-russischen Sanktionsmechanismen einer gründlichen rechtlichen Prüfung zu unterziehen.

Übrigens ist dank des IStGH und der USA ein neuer Begriff in die Geschichte der internationalen Rechtsprechung eingegangen: „sanktionierter Staatsanwalt“.

**Elena:** Gibt es in diesem Zusammenhang Aussichten auf eine Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Russland und Europa?

**Schoigu:** Natürlich gibt es die. Wir alle können sehen, dass es eine wachsende Zahl von Europäern gibt, die an der Richtigkeit der Brüsseler Politik der bedingungslosen Opposition gegenüber Russland zweifeln. Diese Gefühle werden jedoch auf die härteste Art und Weise unterdrückt. Ein Beispiel dafür ist der jüngste Skandal im Zusammenhang mit den Wahlen in Rumänien. Je länger die EU jedoch die Interessen ihrer eigenen Bürger ignoriert und deren Wohlergehen unter dem Vorwand der „russischen Bedrohung“ verschlechtert, desto schwieriger wird es für sie sein, die Stimmen

derjenigen zum Schweigen zu bringen, die eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit mit Russland und eine friedliche Koexistenz mit unserem Land anstreben.

Unter diesem Leitgedanken hat der Präsident der Russischen Föderation im vergangenen Jahr das Konzept der Bildung einer eurasischen Sicherheitsarchitektur vorgelegt.

Wir sind zu einem gleichberechtigten Dialog mit Europa bereit.

Es ist Sache der europäischen Hauptstädte, über ihre Taktik zu entscheiden, aber ich möchte an die Worte des großen russischen Feldherrn Suworow erinnern: „Der Russe zeichnet sich durch seinen Glauben, seine Loyalität und seine Intelligenz aus. Es ist sinnlos, dass ganz Europa gegen Russland marschiert; sie werden dort die Thermopylen, Leonidas und ihre eigenen Gräber finden.“